

Spital Langenthal darf aufrüsten

Von Sarah Nowotny

74,5 Millionen Franken sprach der bernische Grosse Rat gestern für den Ausbau des Spitals Langenthal. Allerdings hagelte es Kritik am Kanton, der bei den Spitälern eine Gesamtschau vermissen lasse.



Die Spital Region Oberaargau AG will ihr Angebot im Spital Langenthal konzentrieren. (Adrian Moser)

«Die Kritik betrifft nur die Kulisse der Debatte, nicht den Kern», sagte Blaise Kropf (grüne, Bern) im Grossen Rat und traf damit in der Diskussion um den Kredit für das Spital Langenthal den Nagel auf den Kopf. Die Spital Region Oberaargau (SRO) AG habe ihre Hausaufgaben gemacht, wurden die Grossräte nicht müde zu betonen – und bewilligten das Geld gestern schliesslich mit 106 zu 13 Stimmen. Dass der Kredit dennoch viel zu reden gab, liegt einerseits an seiner Höhe: 74,5 Millionen Franken für Gebäudehülle, Operationssäle, Heizung, Lüftung und Elektronik des 1970 erbauten Spitals sind kein Pappentier. Andererseits schimmerte im Parlament die Krux der bernischen Spitalplanung durch.

Ab 2012 soll eigentlich der Markt spielen: Die Spitäler dürfen nicht mehr die effektiven Kosten pro Patient verrechnen, sondern bekommen sogenannte Fallpauschalen für die Behandlung von Krankheiten. Darin enthalten ist ein Beitrag für Investitionen in die Infrastruktur – zusätzliches Geld vom Kanton gibt es nicht mehr für Ausbauten. Zudem werden in zwei Jahren öffentliche und private Spitäler gleich behandelt, Kanton und Kassen teilen sich die Kosten bei beiden. Damit die Ausgaben für den Kanton, der heute nur den Öffentlichen unter die Arme greift, dann nicht ausufern, muss das Angebot zurückgefahren werden. Die kantonalen Spitalgruppen in allen Regionen rüsten deshalb auf und wollen insgesamt 1,6 Milliarden Franken investieren – schliesslich soll der Abbau bloss nicht ihre Spitäler treffen. Im kantonalen Spitalinvestitionsfonds, der bis 2012 geleert wird, liegen indes nur noch 470 Millionen Franken.

Auch andere rüsten auf

«Die Spitalversorgung im Bernbiet löst Unbehagen aus», sagte EVP-Grossrat Willfried Gasser (Wabern). Zusammen mit Ueli Arm (sp, Burgdorf) und Martin Friedli (edu, Sumiswald) forderte er, der Kredit solle erst behandelt werden, nachdem der Grosse Rat über die Ansichten der Regierung in Sachen Investitionsbedarf sämtlicher Spitäler informiert worden sei. «Der Kanton muss Verantwortung übernehmen und die interregionale und sogar interkantonale Zusammenarbeit fördern», erklärte Gasser. Auch Aargau und Solothurn investierten in ihre Spitäler. «Wir können nicht alle Spitalzentren gleichermassen aufrüsten im Hinblick auf 2012, ohne zu beachten, was hinter den bernischen Grenzen geschieht.»

Ab 2012 gelte die freie Spitalwahl, Kantonsgrenzen fielen weg, fügte Arm hinzu. «Langenthal wird aber Mühe haben, Patienten aus anderen Kantonen anzulocken. Wer kommt für den Schaden auf, falls sich die Investitionen nicht refinanzieren lassen?» Neben Gasser und den Emmentaler Grossräten, die mit dem Geld für Langenthal auf keinen Fall die Zukunft ihrer eigenen Spitäler in Langnau und Burgdorf verbauen wollen, kritisierte auch Eva Desarzens (fdp, Boll) das Geschäft. «Für einen so umfangreichen Ausbau haben wir erstaunlich wenig Papier erhalten. Ich vermisse wichtige Informationen», sagte sie. Schon heute müsse der Kanton Bern Geld an andere Kantone überweisen, weil sich Berner jenseits der Kantonsgrenzen behandeln liessen. «Doch wie sieht es umgekehrt aus?» Es sei klar, dass alle Spitäler jetzt noch zinsloses Geld aus dem Fonds wollten, anstatt sich ab 2012 Mittel auf dem Kapitalmarkt zu beschaffen. «Doch soll der Schnellere wirklich der Klügere sein? Wollen wir Spitäler bestrafen, die mit ihren Investitionen heute noch nicht so weit sind?»

«Musterschüler» nicht bestrafen

In Sorge gewesen sein um den Kredit dürfte BDP-Grossrat Dieter Widmer (Wanzwil), stellte er doch als Verwaltungsratspräsident der SRO den Antrag, das Geschäft bis März zu verschieben, weil «es rund um die kantonalen Spitäler tatsächlich unbeantwortete Fragen gibt». Die SRO habe allerdings in ihrem Masterplan nachgewiesen, dass die geplanten Investitionen finanzierbar seien. Und mehr noch: «Wir sind auf das Projekt angewiesen, können wir doch damit jährlich acht Millionen Betriebskosten sparen.» Bei den erwarteten 8500 Fällen in Langenthal stünden Abschreibungen von jährlich 11,3 Millionen Franken einem Ertrag von 11,9 Millionen gegenüber – zumindest gemäss Berechnungen. «Wer würde schon einen Musterschüler bestrafen, nur weil andere hinterherhinken?», fragte darauf Katrin Zumstein (fdp, Langenthal). «Die Liste mit den nötigen und finanzierbaren Investitionen in die bernischen Spitäler liegt vor», sagte schliesslich Gesundheitsdirektor Philippe Perrenoud (sp). Seine Direktion habe ihre Arbeit also gemacht. «Nun besprechen wir die Lage mit den Spitalzentren, damit es nicht zu Ungerechtigkeiten kommt.» Die Situation in den einzelnen Spitälern sei sehr unterschiedlich, aber der Kanton wolle keine zentrale Planung, da das Gesetz eine solche nicht vorsehe. «Was das Vorhaben der SRO angeht, kann ich nur sagen, dass es nachhaltig ist und wir keine Zeit verlieren sollten.» Der Rat lehnte die Anträge auf Verschiebung des Geschäfts denn auch mit 66 zu 62 Stimmen ab.